bildung

ÖAAB | gesellschaftspolitische informationen des öaab | www.oeaab.com

Zukunfts-
forum
Soziales
5. Oktober
2012

#inhaltsverzeichnis

Seite 3 **Bildungspolitik ohne ideologische Scheuklappen**
von Nikola König

Seiten 4 und 5 **Sonderpädagogik - Auf dem Weg zu einer Schule für alle?**
von Beate Palfrader

Seiten 6 und 7 **Bildung: Schlüssel zur Integration**
von Sebastian Kurz

Seiten 8 und 9 **Schritt für Schritt an die Spitze**
von Werner Amon

Seiten 12 und 13 **ÖAAB - Motor für Bildungsreformen**
von Martin Ledolter

Seiten 14, 15 & 16 **Unsere Lehre macht Schule in Europa**
von Veronika Wüster

Seite 17 **Schulpartnerschaft – Mitarbeit der Eltern notwendig**
von Alfred Trendl

Seite 18 **Reformen mit Schulpartnern planen**
von Jim Lefebre

Seite 19 **Schulpartnerschaft macht erfolgreich!**
von Romana Deckenbacher

Seiten 20 und 21 **Fachkräfteausbildung in Österreich**
von Alfred Freundlinger

Seiten 22 und 23 **Zukunft der Bildung**
von August Wöginger

In Zusammenarbeit mit dem Leopold Kunschak-Bildungsverein.

www.oeaab.com **www.facebook.com/oeaab** **www.twitter.com/oeaab_com** **www.aab.tv**

Impressum:
Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand: BR.a.D. Dir. Walter Mayr, BOR Rudolf Habeler, Petra Reisinger-Bangerl) **Blattlinie:** Wiener Programm des ÖAAB **Chefredaktion:** Mag. Nikola König **Redaktion und Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-0 **Layout:** Albrecht Oppitz **Herstellung:** Friedrich VDV, Vereinigte Druckereien- und Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Zamenhofstrasse 43-45, 4020 Linz. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Nikola König

Bildungspolitik ohne ideologische Scheuklappen

Die Kinder von heute sind die arbeitenden Menschen von morgen. Diese werden unsere Gesellschaft tragen und in die Zukunft führen. Sie verdienen ein funktionierendes Bildungssystem, das auf ihre Stärken und auf ihre Schwächen eingeht.

Bei der Debatte um die Bildungspolitik ist es so wie mit Brechts Beispiel von einem Fischmarkt: Bevor man über ihn sprechen kann, muss man sagen, ob man ihn aus der Perspektive des Händlers, des Käufers oder des Fisches sehen will? Je nach dieser Entscheidung wird die Antwort ausfallen, und legitimerweise wird es unterschiedliche Antworten geben. Im Mittelpunkt einer Debatte über das heimische Bildungssystem muss das Wohl der Kinder stehen. Für diese gilt es, alle Chancen zu eröffnen. Wir wollen das Beste für die Kinder und Jugendlichen. Besonders im Bildungsbereich gilt es, diese Maxime einzuhalten. Dabei dürfen wir nicht wegen parteipolitischer Debatten die schulpolitischen Dringlichkeiten im Bildungsbereich außer Acht lassen. Deshalb ist es wichtig, Abstand zu nehmen von den ideologiegesteuerten Strukturdebatten und stattdessen gemeinsam einen Rahmen zu schaffen, in dem sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer aber auch Eltern mit voller Energie auf ihre gemeinsamen Ziele konzentrieren können. Die Kinder von heute sind die erste Generation, die sich nicht mehr nur auf das in der Jugend erlernte verlassen kann. Lebenslanges Lernen wird sie bis in das hohe Alter begleiten. Bildungspolitik entscheidet, wie wir mit dem größten Zukunftspotential unseres Landes umgehen – welche Chancen wir unseren Kindern und Jugendlichen für ihre Zukunft eröffnen. Globalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt und der demographische Wandel fordern unser Bildungswesen radikal heraus. Hier braucht es einen Umdenkprozess, um allen Kindern und Jugendlichen eine Bildungszukunft zu ermöglichen. Das Ziel unserer Bildungspolitik muss daher die bestmögliche Ausbildung für jeden sein. Am Beginn der Industrialisierung wurde die Daseinsvorsorge zu einer zentralen Aufgabe des Staates, von Wasser und Strom über Hygiene und Gesundheit bis hin zur sozialen Sicherheit. Heute ist die Bildungsvorsorge von einer ähnlichen großen Bedeutung. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Qualität zu schaffen und dafür zu sorgen, dass niemand ausgeschlossen wird. Diese Rahmenbedingungen müssen auf den jungen Menschen abgestimmt sein. Seine Bedürfnisse, Stärken und Potenziale müssen im Mittelpunkt jeder Reform der Schule stehen. Dabei muss Schule fördern aber auch fordern. Jeder Mensch hat unterschiedliche Anlagen, Begabungen und Talente, jeder verdient auch eine zweite Chance. Der Anspruch an ein gerechtes Bildungssystem ist es, jeder und jedem das Angebot zur Verfügung zu stellen, das ihren und seinen Neigungen entspricht und jeder und jedem die Förderung und Herausforderung zu bieten, die er oder sie braucht. Daher ist es wichtig, die Bildungsdiskussion möglichst breit zu führen. Von der „Bildungseinrichtung" Kindergarten über die Primarstufe und die Sekundarstufen I und II bis hin zur Erwachsenenbildung, sämtliche Bildungsbereiche müssen abgedeckt werden. Wir müssen zeitgemäße Antworten auf die vielen Fragen geben, die der Themenkomplex „Bildung" an uns stellt, entscheidet Bildung doch immer mehr über den Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier braucht es Wahlfreiheit, Vielfalt, Leistungsorientierung, gezielte Förderung sowie Durchlässigkeit und Anschlussmöglichkeit im Bildungswesen. Es ist wichtig, dass kein Talent und keine Begabung verloren gehen. Die Verschiedenheit der Menschen, die sich in unterschiedlichem Geschick, Leistungsfähigkeit und Muttersprache sowie kulturellen Hintergründen, aber auch unterschiedlichen persönlichen Interessen und Neigungen ausdrückt, erfordert eine entsprechende Flexibilität des Bildungsangebots. Es geht dabei um Chancengerechtigkeit und nicht um „Gleichmacherei". Wir müssen aus den ideologischen Schützengräben herauskommen. Kinder brauchen Chancen und nicht jahrzehntelange Diskussionen.

Mag. Nikola König
ist Politische Referentin im ÖAAB-Generalsekretariat
(nikola.koenig@oeaab.com)

Foto: ÖAAB

#webtipp: www.bildungsrepublik.at

Beate Palfrader

Sonderpädagogik - Auf dem Weg zu einer Schule für alle?

Kaum ein Bildungsthema wird in Österreich momentan so heiß diskutiert wie der Schulbesuch von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF). Insbesondere die Zukunft der Sonderschulen steht im Mittelpunkt. Von „Sonderschulen sind unverzichtbar" bis zu „Sonderschulen sind menschenrechtswidrig und daher sofort abzuschaffen" – so weit klaffen die Meinungen auseinander.

Im Frühjahr 2012 wurde in Innsbruck zu diesem Thema eine Enquete des Landes Tirol mit dem Titel „Integrationspädagogik: Auf dem Weg zu einer Schule für alle?" veranstaltet. Nicht nur diese Veranstaltung, sondern auch viele Gespräche und Erfahrungen der letzten Jahre haben mir gezeigt, dass eine große Verunsicherung, ja sogar Angst unter den betroffenen Eltern sowie der Pädagoginnen und Pädagogen herrscht und viel Aufklärungs- und Informationsbedarf besteht. Zu Recht wird an die Politik (die wesentliche Regelungskompetenz liegt beim Bund) die Forderung gestellt, Lösungen und Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die sowohl eine hohe Qualität des Unterrichts als auch gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrerinnen und Lehrer gewährleisten. Der Dialog mit Betroffenen sowie mit Expertinnen und Experten hilft, Differenzen zu überwinden, Ängste zu nehmen und Gemeinsamkeiten zu finden.

In der Folge werde ich einige gesetzliche oder faktische Regelungen darstellen, mir erlauben, diese kritisch zu hinterfragen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Unsere Schritte in Fragen der Sonderpädagogik und Integration müssen ein vorrangiges Ziel haben: Die bestmögliche Schulbildung für unsere Kinder, ungeachtet ihrer Fähigkeiten, ihrer Herkunft und ihres sozialen Umfelds, sodass unsere Kinder die besten Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft haben. Dieses Ziel ist mit so vielen integrativen Ansätzen wie möglich zu verfolgen.

Sonderschulen, Integration und UN-Konvention

In Österreich besteht laut dem Schulpflichtgesetz für die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten das Wahlrecht, ob ein Kind mit SPF eine Sonderschule besucht oder in einer Klasse an einer Volksschule, Hauptschule, Mittelschule, AHS-Unterstufe oder Polytechnischen Schule integriert wird.

Im Jahr 2008 ratifizierte Österreich die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Die unterzeichnenden Staaten erkannten in Artikel 24 der Konvention auch das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderung an. „Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen", so der Konventionstext.

Viele Expertinnen und Experten - unter anderem auch der in Österreich eingesetzte unabhängige Monitoringausschuss, der die Umsetzung der Konvention überwacht - halten die Sonderschulen, in welchen ausschließlich Kinder mit SPF unterrichtet werden, für unvereinbar mit dieser Konvention. Aus Sicht des Unterrichtsministeriums ist das System der Sonderschulen in Österreich kein Verstoß gegen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Das Ministerium betont, Kinder mit SPF könnten wie jedes andere Kind ihre Schulpflicht in vollem Umfang in Integrationsklassen absolvieren.

Abgesehen davon, dass Einigkeit darin besteht, dass die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in Regelschulen dann zum Regelfall wird, wenn dies dem Wohl der Kinder am besten entspricht, könnte man diesen „Streit" dadurch lösen, dass die Sonderschulen zu Förderschulen weiterentwickelt wer-

Foto: Land Tirol/Fotowerk Aichner

den. Diese Förderschule würde allen Kindern offen stehen und jedes Kind würde entsprechend seinen Fähigkeiten unter besten Rahmenbedingungen gefordert und gefördert. Durch die Durchmischung und den inklusiven Pädagogikansatz wird die heutige Sonderschule aufgewertet. Jedenfalls blieben die hervorragende, über Jahrzehnte aufgebaute Infrastruktur und das Know-How der ausgezeichnet arbeitenden Lehrkräfte erhalten.

Sonderpädagogischer Förderbedarf (SPF)
Ein Sonderpädagogischer Förderbedarf liegt vor, wenn eine Schülerin bzw. ein Schüler infolge physischer oder psychischer Behinderung dem Unterricht ohne sonderpädagogische Förderung nicht zu folgen vermag.
Der Sonderpädagogische Förderbedarf wird mit Bescheid festgestellt und ist die Voraussetzung für besondere schulische Fördermaßnahmen.

Von Verhaltensauffälligkeiten bis hin zur Schwerstbehinderung wird momentan alles unter dem Etikett „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ subsumiert. Unser Ziel muss nicht nur die unabhängige, einheitliche und qualitätsvolle Vorgehensweise bei der Erstellung dieser Gutachten und der Beratung der Eltern sein. Der Gesetzgeber sollte auch die Kriterien für den SPF in Hinblick auf flexible Fördermöglichkeiten, die der Vielzahl der Herausforderungen im Schulalltag entsprechen, überarbeiten. Auch für Kinder im „Graubereich“ (z.B. Verhaltensauffälligkeiten wie Asperger Autismus oder Lernstörungen) und deren Lehrpersonen müssen schulische Stützungssysteme und zusätzliche Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Sonderpädagogische Zentren (SPZ)
Die Aufgabe der Gutachtenserstellung und der Beratung der Eltern kommt den Sonderpädagogischen Zentren zu. Diese sind gemäß den gesetzlichen Vorgaben an geeigneten Sonderschulen oder beim Bezirksschulrat einzurichten.
Eine andere Aufgabe der Sonderpädagogischen Zentren ist die Bereitstellung und Koordination sonderpädagogischer Maßnahmen in anderen Schularten als den Sonderschulen. Dies soll dazu beitragen, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in bestmöglicher Weise auch in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können.

Als wichtiges Zeichen zur Stärkung der Qualität im Bereich der Integration ist es dringend erforderlich, die Sonderpädagogischen Zentren neu zu positionieren und die zentrale Funktion der Sonderpädagogischen Zentren – Unterstützung der Qualität integrativer Förderung – zu stärken.

Aus meiner Sicht ist dabei eine personelle und räumliche Trennung der Funktion „Leitung einer Sonderschule“ und der Tätigkeit „Beratung der Eltern und Erstellung von SPF-Gutachten“ notwendig. Dadurch können sich die SPZ-Leitungen zukünftig ausschließlich auf die Kernaufgaben des Sonderpädagogischen Zentrums konzentrieren. Eine Interessenkollision ist damit ausgeschlossen.

Ressourcen
Bei der Finanzierung der Lehrpersonen wird fingiert, dass 2,7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler der ersten bis neunten Schulstufe einen SPF aufweisen. Es ist seit Langem bekannt, dass der tatsächliche Anteil der Kinder mit SPF über 3,5 Prozent liegt.
Daher ist es notwendig, dass der Bund mehr Ressourcen als bisher für die Sonderpädagogik zur Verfügung stellt. Diese Ressourcen sollten nicht mit einem fixen Prozentsatz an den (sinkenden) Schülerzahlen einzementiert sein, sondern sich an den tatsächlichen (und leider steigenden) Gegebenheiten orientieren.

Aus, Fort- und Weiterbildung
Der unvermeidliche und wünschenswerte Ausbau der inklusiven Pädagogik macht es dringend notwendig, einen Schwerpunkt an Aus- Fort- und Weiterbildungsmodulen zu Themen der Sonderpädagogik - und hier vor allem der Integration und Inklusion - in allen Studiengängen der pädagogischen Ausbildungen anzubieten.

Mag.a Dr.in Beate Palfrader
ist Bildungs-Landesrätin im Land Tirol und Bundesobfrau-Stellvertreterin
(buero.lr.palfrader@tirol.gv.at)

Sebastian Kurz

Bildung: Schlüssel zur Integration

Jedes vierte Volkschulkind in Österreich ist eines mit Migrationshintergrund. Eine gute Ausbildung ist entscheidend für die Zukunft der Kinder und auch Schlüssel zur gelungen Integration.

In Österreich haben 75.000 junge Menschen weder Job noch Ausbildung. Das muss sich ändern. Nicht nur weil wir gut ausgebildete junge Menschen am Arbeitsmarkt brauchen, sondern vor allem auch, weil eine gute Ausbildung und ein Vorankommen am Arbeitsmarkt für gelungene Integration unverzichtbar sind. Die Schule sichert aber nicht nur eine gute Ausbildung, sondern auch soziale, kulturelle Kompetenzen und Gemeinschaft – für die Kinder, aber auch für die Eltern.

Gerade weil in der Schule viele wichtige Faktoren zusammenkommen, die man braucht, um in Österreich seinen Weg zu machen, ist Bildung für uns im Staatssekretariat eines der zentralen Handlungsfelder, das auch schon im Nationalen Aktionsplan für Integration (NAP.I) enthalten ist.

Für uns bedeutet es vor allem, dass gelungene Integration Bildung braucht und da wollen wir so früh wie möglich ansetzen. Zuerst schon in Vorbereitung auf die Schule im Kindergarten, um einen guten Start zu ermöglichen, dann natürlich auch in Volksschulen und im weiteren Verlauf des Bildungssystems. Ganz wichtig ist ganz zu Beginn natürlich der Spracherwerb – und am Ende steht zumindest der Pflichtschulabschluss. Unsere Ziele zeigen klar, worum es geht: Wir wollen weg von „kurativen“ Maßnahmen, hin zu „präventiven“ Maßnahmen. Wir wollen vom Kindergartenalter an unterstützen. Warum? Um Bildungschancen zu eröffnen und den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Denn: Wir müssen früher investieren, statt später zu reparieren. Das zahlt sich für alle doppelt aus. Konkret geht es um sprachliche Frühförderung und das Handeln bei Schulpflichtverletzungen und Schulabbruch, auf diesen Bereich will ich noch genauer eingehen:

Früher investieren statt später reparieren.
Eine unserer wesentlichen Forderungen im Staatssekretariat ist das zweite Kindergartenjahr. Gratis für alle, verpflichtend für jene, die schlecht oder gar nicht Deutsch können. In der Praxis betrifft dies mehrheitlich Zuwandererkinder, die sehr oft aus Familien mit nichtdeutscher Muttersprache kommen und keine Möglichkeit haben, allein die Sprache zu erlernen. Zahlen zeigen: 90 Prozent der Kinder, die im Kindergarten waren, haben keine sprachlichen Probleme. Umgekehrt: 80 Prozent der Kinder, die nicht im Kindergarten waren, weisen sprachliche Defizite auf. Im Mai 2012 starteten wir gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten der Bundesländer Niederösterreich und Salzburg zwei Modellregionen, in denen erste Schritte zu einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr gesetzt werden. In den zwei Modellregionen wurde als erstes die Einschreibung in den Kindergarten um ein bzw. ein halbes Jahr vorverlegt. Aufbauend auf den Ergebnissen der Einschreibung und der Sprachstandsfeststellungen wird ermittelt, welche Kinder auf einen früheren Kindergartenbesuch besonders angewiesen sind. Es erfolgt die Einrichtung zusätzlicher pädagogischer Kurse für Eltern und Kinder und eine gezielte Informationsarbeit, um genau diese Kinder zum Kindergartenbesuch zu bewegen.

Neben dem zweiten Kindergartenjahr soll die 15a-B-VG-Vereinbarung bestmögliche Frühförderung unterstützen. Ende Jänner 2012 haben wir diese im Ministerrat beschlossen, was bedeutet, das in den nächsten drei Jahren insgesamt 30 Millionen Euro für die sprachliche Frühförderung im Kindergarten gesichert sind, die von Bund und Ländern gemeinsam bereitgestellt werden.

Bildungsbewusstsein stärken – Bildungsraub stoppen.
Über drei Stufen gehen junge Menschen in unserem System verloren. Es fängt im Kindergarten an: Wenn man die deutsche Sprache nicht erlernt, sind eine erfolgreiche Integration und

Foto: BMI

ein erfolgreicher Weg im späteren Leben kaum möglich. Es geht weiter in der Schulzeit: Viele Eltern schicken ihre schulpflichtigen Kinder nicht in die Schule. Die Zahl der Schulpflichtverletzungen ist stark gestiegen, vor allem in Wien. Die dritte Stufe ist letztlich die Arbeitslosigkeit. Laut der Studie zu NEET (not in education, employment or training) der Johannes Kepler Universität Linz sind insgesamt 75.000 Jugendliche in Österreich ohne Ausbildung und ohne Job. Jeder fünfte junge Migrant gehört zu dieser Gruppe. Genau aufgrund dieser Zahlen haben wir ein Paket vorgeschlagen, um Schulpflichtverletzungen entgegenzuwirken: Verpflichtende Elterngespräche bei Schulpflichtverstößen, Motivforschung zur besseren Prävention, genaue statistische Erhebungen sowie höhere Strafen als letzte Konsequenz. Bildungsministerin Schmied hat diese Vorschläge aufgenommen und nun schon erste Schritte gesetzt. Wir engagieren uns in diesem Bereich, weil es uns nicht egal ist, was mit den jungen Menschen in Österreich passiert. Integration durch Leistung heißt nicht nur Leistung fordern, sondern vor allem bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund Leistung ermöglichen.

Neben diesen Initiativen, die für die Verbesserung der Rahmenbedingungen gestartet werden, ist es uns auch wichtig, direkt an den Schulen das Thema der Integration zu diskutieren. Deshalb haben wir im Oktober 2011 die Aktion „Zusammen:Österreich" ins Leben gerufen. Im Rahmen von „Zusammen:Österreich" sind mittlerweile mehr als 130 Integrationsbotschafterinnen und Integrationsbotschafter österreichweit in unseren Schulen unterwegs, die ihren Weg in Österreich gemacht haben – trotz oder gerade aufgrund ihres Migrationshintergrundes. Sie alle sind Role Models, bei denen es eben nicht darauf ankommt, welche Hautfarbe, Religion oder Herkunft sie haben, sondern allein darauf, was sie in Österreich gemacht und beigetragen haben. Im Juni 2012 haben wir nun die Aktion um eine Kategorie erweitert: Wir werben im Rahmen von „Zusammen:Österreich" auch für ehrenamtliches Engagement bei allen Schülerinnen und Schülern, besonders bei jenen, die Migrationshintergrund haben. Wir sind davon überzeugt, dass jemand, der sich ehrenamtlich engagiert und seinen Beitrag leistet, auch besser und schneller in Österreich ankommt und in die Mitte der Gesellschaft rückt. Insgesamt wollen wir mit der Aktion langfristig Vorurteile abbauen und Motivation schaffen, damit junge Menschen Österreich als Land der Chancen begreifen und ihren Weg hier machen. Besonders wichtig ist hierbei auch das Engagement der Pädagoginnen und Pädagogen, ohne die unsere Aktion nicht funktionieren könnte. Sie sind diejenigen, die Projekte initiieren und begleiten – und vor allem auch diejenigen, die in der Schule Stimmungen erzeugen können. Gerade wenn Pädagoginnen und Pädagogen junge Menschen motivieren, unabhängig von ihrer Herkunft, wenn sie das Potenzial erkennen, über das junge Menschen mit Migrationshintergrund verfügen, wenn sie an der Schule auch richtige Berufsberatung und Berufsorientierung anbieten, können die jungen Menschen und vor allem Österreich gesamtgesellschaftlich gesehen davon enorm profitieren. Das zeigt: Integration ist ein Bereich, der alle angeht und ein Bereich, in dem jede und jeder Einzelne etwas beitragen kann. Ich darf mich für das Engagement all jener bedanken, die bereits aktiv sind und freue mich auf viele weitere, die gemeinsam im Bereich Integration und Bildung etwas bewegen wollen.

Sebastian Kurz
ist Staatssekretär für Integration
und Bundesobmann der Jungen ÖVP
(sebastian.kurz@bmi.gv.at)

Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Werner Amon

Schritt für Schritt an die Spitze

Wir haben ein gutes Bildungssystem, das auf die Stärken, Interessen, Neigungen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler eingeht. Es ist die ÖVP, die bei allen Reformen Individualisierung, Differenzierung und die Durchlässigkeit in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt. Und die Bilanz der Reformen kann sich sehen lassen.

In den vergangenen Jahren hat sich in der Bildungslandschaft viel bewegt. Das ist gut und wichtig, denn auch wenn Österreich bei sämtlichen EU-Vergleichen im Spitzenfeld ist (Jugendar-beitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, Ausbildung der Facharbeiter), müssen sich alle Reformschritte auf die Weiterentwicklung konzentrieren.

Die Regierungsparteien haben das erkannt und gemeinsam mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied ist es mir gelungen, Reform für Reform zu verabschieden. Dabei war mir die Einbindung der Schulpartner ein besonderes Anliegen, weil sie es sind, die die „Betroffenen" sind.

Die ÖVP war für die Verhandlungen mit dem im Jahr 2011 präsentierten Bildungsprogramm bestens gerüstet. Daher finden sich in allen Reformmaßnahmen auch die Leitlinien der ÖVP-Bildungspolitik wieder: Differenzierung, Wahlfreiheit und der Leistungsgedanke. Im Folgenden möchte ich die zentralen Reformschritte darstellen.

Die Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt

Die Neue Mittelschule ist eine umfassend modernisierte und weiterentwickelte Hauptschule, die den Anforderungen der verstärkten Durchlässigkeit, sowohl in Richtung AHS, als auch in alle anderen weiterführenden Oberstufenformen wie Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen sowie der dualen Berufsausbildung (Lehre) Rechnung trägt. Bis zum Schuljahr 2018/19 werden alle Hauptschulen in Österreich in Neue Mittelschulen umgewandelt, was auf eine Forderung aus dem ÖVP-Bildungsprogramm zurückgeht. Rund 1.160 Hauptschulstandorte mit rund 10.500 Klassen werden zu Mittelschulen weiterentwickelt, davon werden rund 220.000 Schülerinnen und Schüler profitieren und fast 30.000 Lehrerinnen und Lehrer betroffen sein. Die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) bleibt von der Reform unangetastet und in ihren bisherigen Ausprägungen - sowohl als Langform (acht Jahre) als auch als Oberstufenform (vier Jahre) erhalten. Das differenzierte Schulwesen auf der Sekundarstufe I bleibt damit voll erhalten. Es wird in der Neuen Mittelschule nach den Grundsätzen der modernen Pädagogik umfassende, innere und äußere Differenzierungsmöglichkeiten geben, die den Interessen, Begabungen und der Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler entsprechen.

Die neue Oberstufe

Ziel der neuen Oberstufe ist die bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf eine tertiäre Bildung. Durch die Reduktion von Klassenwiederholungen – ohne dabei den Leistungsgedanken zu vernachlässigen – werden Ressourcen frei, die für den Ausbau der Fördermöglichkeiten eingesetzt werden. Aber auch zusätzliche Mittel werden bereitgestellt.

Fördermöglichkeiten sowohl für Schülerinnen und Schüler mit Schwächen als auch für Begabte werden gänzlich neu gestaltet. Gerade zweiteres wird erstmals institutionalisiert. Dies wird vor allem durch Maßnahmen einer verstärkten Individualisierung der Fördermöglichkeiten erreicht, so z.B. durch eine individuelle Lernbegleitung, den Ausbau der Förderkurse sowie das zur Verfügung stellen zusätzlicher Mittel für die Begabungsförderung.

Tagesbetreuung

Dem Prinzip der Wahlfreiheit folgend muss es überall ein Angebot geben, wo es eine diesbezügliche Nachfrage gibt. Der Schritt der Bundesregierung, trotz der notwendigen Budgetkonsolidierung für diesen Bereich – also den Ausbau einer

qualifizierten Nachmittagsbetreuung – jährlich ein Volumen von zusätzlich rund 80 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, ist daher ein absolut wichtiger und richtiger Schritt. Gleichzeitig wird aber sichergestellt, dass die Einbindung von Sport- und Musikvereinen gewährleistet wird – die Qualitätssicherung erfolgt auch durch das neue Berufsbild der „Freizeitpädagoginnen und –pädagogen".

Teilzentrale Reifeprüfung

Mit der Einführung der teilzentralen Reifeprüfung wird es gelingen, die gute österreichische Reifeprüfung weiterzuentwickeln. Im Bezug auf die Sicherstellung internationaler Standards geht es vor allem um die Fächer Deutsch (bzw. der Muttersprache im Sinne der gesetzlichen Minderheitensprachen), Fremdsprachen und Mathematik, die in Zukunft bezüglich der schriftlichen Klausurarbeiten bundesweit einheitlichen Normen unterliegen. Damit soll eine bessere Vergleichbarkeit erreicht und eine Validität sichergestellt werden. Schulautonome Schwerpunktsetzungen, die im Rahmen der Reifeprüfung abgebildet werden, bleiben ebenso erhalten wie die Ausdifferenzierung der Lehrpläne, dort, wo es um einen über ein Basislevel hinausgehenden Qualifikationsgrad geht. Exemplarisch sei hier auf die Unterscheidung im Lehrplan für Mathematik zwischen Formen der Allgemeinbildenden höheren Schulen und den Höheren technischen Lehranstalten verwiesen.

Bei einem solchen Reformvorhaben ist es unerlässlich, die direkt Betroffenen einzubinden. Daher wurde eine „Bundesreifeprüfungskommission" gesetzlich verankert, die die neue Form der Reifeprüfung begleiten und evaluieren wird. Gemeinsam mit den Schulpartnern wurde auch entschieden, das Inkrafttreten um ein Jahr zu verschieben und es in die Hände der Schulpartner zu legen, ob ein Standort das neue System ein Jahr früher einführen möchte.

Was vor uns liegt: Mittlere Reife

Ziel aller Schularten der Sekundarstufe I muss es sein, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ende der achten Schulstufe, die durch die Bildungsstandarderhebung festgestellten Grundkompetenzen in den Bereichen Deutsch, erste lebende Fremdsprache und Mathematik, gefestigt beherrschen und ein definiertes Maß an Allgemeinbildung aufweisen, um für ihr weiteres Bildungs- und Berufsleben vorbereitet zu sein. Am Ende der neunten Schulstufe soll das Bildungsziel der Mittleren Reife stehen. Im Zuge der Erreichung des Bildungsziels der Mittleren Reife soll es daher möglich sein, den Jugendlichen am Ende der neunten Schulstufe ein Zeugnis auszustellen. Dieses Zeugnis wird auch den ausbildenden Betrieben eine gezielte Orientierungshilfe sein. Ziel muss es sein, dass kein Jugendlicher das Bildungssystem ohne das Erreichen des Bildungsziels der Mittleren Reife verlässt.

Neues Lehrerdienstrecht

Eine Verflachung der Einkommenskurve, höhere Einstiegsgehälter sowie Funktionsbezahlungen, im Sinne des z.B. neu zu schaffenden mittleren Managements, sollen einen Beitrag dafür leisten, dass die Attraktivität des Lehrberufs steigt.

Focus auf Grundkompetenzen

In der Volksschule müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den Kindern jene Fähigkeiten vermittelt werden, die sie ihr ganzes Leben hindurch brauchen. Dabei geht es vor allem um die Grundkulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen, aber auch der Umgang mit neuen Medien (Computer, Ipad, Smartphones). Es kann und darf nicht sein, dass rund ein Drittel der 14- und 15-Jährigen Probleme mit dem sinnerfassenden Lesen haben. Oder dass Jugendliche, die die Schulpflicht formal absolviert haben, Probleme mit den Grundrechenarten haben. Diesen Schwierigkeiten muss man durch stärkere individualisierte Förderung entgegen treten.

Werner Amon, MBA
ist Abgeordneter zum Nationalrat, Vorsitzender der ÖAAB-Arbeitsgemeinschaft im Parlament, Klubobmann-Stellvertreter und ÖVP-Bereichssprecher für Bildung und Unterricht im Österreichischen Parlament
(werner.amon@parlament.gv.at)

Erfolg braucht Mut. Und einen verlässlichen Partner.

Dr. Heinrich Schaller
Generaldirektor Raiffeisenlandesbank OÖ

Financial Engineering • Wirtschaftsdienstleistungen • Eigenkapital • Sonderfinanzierungsmodelle • Liquiditätsmanagement • Finanzierungslösungen • Risikomanagement • Chancen-/Partnerkapital • Factoring • Kapitalmarktfinanzierung • Devisen- und Zinsmanagement • Treasury • Cash Management • Immobilienfinanzierung • Private-Public-Partnership • Investitionsfinanzierung • Leasing • Förderungen • Betriebsmittelfinanzierung • Cash Pooling • Sale & Lease Back • Exportfinanzierung • Versicherung • Financial Engineering • Wirtschaftsdienstleistungen • Eigenkapital • Sonderfinanzierungsmodelle • Liquiditätsmanagement • Finanzierungslösungen • Risikomanagement • Chancen-/Partnerkapital • Factoring • Kapitalmarktfinanzierung • Devisen- und Zinsmanagement • Treasury • Cash Management • Immobilienfinanzierung • Private-Public-Partnership • Investitionsfinanzierung • Leasing • Förderungen • Betriebsmittelfinanzierung • Cash Pooling • Sale & Lease Back • Exportfinanzierung • Versicherung • Financial Engineering • Wirtschaftsdienstleistungen • Eigenkapital • Sonderfinanzierungsmodelle • Liquiditätsmanagement • Finanzierungslösungen • Risikomanagement • Chancen-/Partnerkapital • Factoring • Kapitalmarktfinanzierung • Devisen- und Zinsmanagement • Treasury • Cash Management • Immobilienfinanzierung • Private-Public-Partnership • Investitionsfinanzierung • Leasing • Förderungen • Betriebsmittelfinanzierung • Cash Pooling • Sale & Lease Back • Exportfinanzierung • Versicherung • Financial Engineering • Wirtschaftsdienstleistungen • Eigenkapital • Sonderfinanzierungsmodelle • Liquiditätsmanagement • Finanzierungslösungen • Risikomanagement • Chancen-/Partnerkapital • Factoring • Kapitalmarktfinanzierung • Devisen- und Zinsmanagement • Treasury • Cash Management • Immobilienfinanzierung • Private-Public-Partnership • Investitionsfinanzierung • Leasing • Förderungen • Betriebsmittelfinanzierung • Cash Pooling • Sale & Lease Back • Exportfinanzierung • Versicherung • Financial Engineering • Wirtschaftsdienstleistungen • Eigenkapital • Sonderfin

Um innovative Vorhaben auch in herausfordernden Zeiten erfolgreich verwirklichen zu können, brauchen leistungsfähige Unternehmen einen besonders starken und zuverlässigen Bankenpartner an ihrer Seite. Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich betreut ihre Kunden daher nicht nur mit einem breiten Spektrum an modernen Finanz- und Wirtschaftsdienstleistungen, sondern vor allem auf Basis einer langfristig stabilen Partnerschaft.

Raiffeisen Landesbank Oberösterreich

www.rlbooe.at

Martin Ledolter

ÖAAB - Motor für Bildungsreformen

Das ÖAAB-Bildungskonzept hat nicht nur monatelang die bildungspolitischen Schlagzeilen dominiert, es ist auch Motor für Reformen gewesen.

Vom Kindergarten bis zur Erwachsenbildung – ein Bildungskonzept

Der ÖAAB hat etwas geschafft, woran viele zuvor gescheitert sind. Der ÖAAB hat mit seinem am 17. Mai 2010 vom damaligen ÖAAB-Bundesobmann und nunmehrigen ÖVP-Bundesparteiobmann Michael Spindelegger präsentierten Bildungskonzept – erstmals seit langem – ein modernes, zukunftsträchtiges und für die gesamte ÖVP richtungsweisendes und in sich stimmiges Bildungskonzept präsentiert, das auf über 160 Seiten der gesamten „Bildungslaufbahn" Rechnung getragen hat – beginnend bei der Bildungseinrichtung Kindergarten bis hin zur Oberstufenrefom und zur Erwachsenenbildung.

Dieses von namhaften Expertinnen und Experten ausgearbeitete Bildungskonzept ist ein Bekenntnis zur erfolgreichen Vielfältigkeit des heimischen Bildungssystems und gibt Antworten auf bildungspolitische Fragen und die zahlreichen Herausforderungen, mit denen unser heimisches Schulwesen konfrontiert ist. Jetzt, zwei Jahre später, werden mit der bereits erfolgten oder bevorstehenden Umsetzung diverser Vorschläge die Früchte dieser Arbeit geerntet, wobei der von Michael Spindelegger bereits im Sommer 2010 verlangten flächendeckenden Aufwertung der Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen unter gleichzeitiger Beibehaltung des Gymnasiums besondere Bedeutung zukommt.

Das Bildungskonzept beinhaltete auch eine Vielzahl anderer wichtiger Punkte, wie den Ausbau der vorschulischen Bildung oder der Nachmittagsbetreuung. Auch hier hat das verpflichtende Vorschuljahr, das es in bestimmten Fällen geben kann, sehr viel Positives bewirkt. Ja, Österreich benötigt Kindergärten, die sich als Bildungseinrichtungen und nicht als „Aufbewahrungsanstalten" verstehen und durch ein Gratisangebot am Vormittag sowie soziale Staffelungen für alle leistbar sind. Die vom ÖAAB geforderte Ausdehnung der freiwilligen, pädagogisch wertvollen Betreuung auf den gesamten Tag ist in Europa der Regelfall und war ebenfalls in Österreich ein Gebot der Stunde.

Foto: ÖAAB

Bildungsrepublik Österreich – Generation Zukunft

Was müssen Kinder und Jugendliche heute lernen, um morgen ein erfolgreiches Leben zu führen? Das ist die Schlüsselfrage für unser Bildungswesen. Diese Kinder können, im Gegensatz zu vorherigen Generationen, nicht mehr davon ausgehen, alles in der Jugend zu lernen, was sie später als Erwachsene brauchen werden. Entscheidend für diese und kommende Generationen wird daher sein, „das Lernen zu lernen", soziale Tugenden zu trainieren und Daseinskompetenzen einzuüben. Damit sind die Fähigkeiten gemeint, mit anderen zu kooperieren, im Team zu arbeiten, sich über den gemeinsamen Erfolg zu freuen, individuelle Anstrengungen und Zusammenarbeit nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung zu betrachten.

„Daseinskompetenz" meint die Fähigkeit, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Leistung hat daher sowohl einen persönlichen als auch einen sozialen Sinn. Wer Leistung verweigert, handelt unsozial und das ÖAAB-Bildungskonzept hat sich mit seinem „Mut zu Eliten" klar für Begabtenförderung und Bildungsstandards ausgesprochen. Leistung und Gerechtigkeit im Bildungswesen sind für den ÖAAB keine Gegensätze. Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht. Österreich hat sich bislang zu Recht als Aufstiegsgesellschaft definiert und auch zukünftig darf die Herkunft eines Kindes nicht über seine Zukunft als Erwachsener entscheiden.

Die Neue Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt

Der ÖAAB hat sich erfolgreich für den Ausbau der Sprachförderung eingesetzt. Diese muss bereits im Kindergarten zum verbindlichen Schwerpunkt gemacht werden und eine sprachliche

Begutachtung des Kindes bereits beim Einschreiben in den Kindergarten erfolgen. Je besser Kinder Deutsch sprechen und verstehen, desto leichter können sie dem Unterricht folgen und mit dem schulischen Erfolg verbessern sich die Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Dass die Sprachförderung im Jahr 2012 mit fünf Millionen Euro gesichert wurde und somit die Startchancen von Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft verbessert wurden, ging nicht zuletzt auf das Engagement des ÖAAB zurück.

Neben der Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern, einer Sanierungsoffensive für Österreichs Schulen oder der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung findet auch die Verbesserung der Durchlässigkeit entsprechend Platz im ÖAAB-Bildungskonzept, damit den Schülerinnen und Schülern sämtliche Bildungswege offenstehen und um ihnen echte Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten. Die soeben im Bildungsausschuss verabschiedete Möglichkeit zum altersgerechten Nachholen von Pflichtschulabschlüssen ist daher ein wichtiger Pfeiler. Die Schulabbrecher-Quote wird gesenkt und jenen, die den Pflichtschulabschluss nicht im Rahmen des üblichen Schulbesuchs erlangt haben, die Möglichkeit gegeben, diesen altersgerecht nachzuholen.

Im Mittelpunkt steht das Kind

Im Mittelpunkt aller Überlegungen zum ÖAAB-Bildungskonzept ist das Wohl des Kindes gestanden. Im Gegensatz zu politischen Mitbewerbern hat sich der ÖAAB daher nicht vordringlich mit Strukturfragen auseinandergesetzt, sondern diskutiert, welche Methoden und Inhalte für die Kinder wirklich wichtig sind. Gerade aus diesem Grund wurde die über 30-jährige Systemdebatte im ÖAAB-Bildungskonzept nicht fortgeführt, die lediglich ideologische Zöpfe bedient, sondern es wurde bewusst das Kind in den Mittelpunkt gestellt und ein Qualitätssicherungsbeitrag über Inhalte und nicht Struktur geleistet.

Unter Einbeziehung von Experten, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern sollte die österreichische Bildungspolitik nachhaltig gestaltet, weiterentwickelt und verändert werden. Prämisse dabei war und ist, dass Bildung der Schlüssel zur Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts ist. Mehr denn je sehen wir, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt über die Bildung entschieden wird. Das ÖAAB-Bildungskonzept hat dafür die Weichen gestellt. Der ÖAAB hat sich mit Vehemenz dafür eingesetzt, dass das Bildungssystem Chancengerechtigkeit sichert und die formal gleichen Zugangsrechte auch tatsächlich allen offen stehen, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Bildung als ökonomische Frage des 21. Jahrhunderts

Bildung ist die ökonomische Frage des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale vernachlässigt, fällt morgen wirtschaftlich zurück. Chancengerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und der soziale Wandel hängen daher unmittelbar zusammen. Eine altersbunte Gesellschaft braucht eine andere ökonomische Strategie. Wir brauchen mehr intelligentes Wachstum und ein hohes Bildungsniveau ist der entsprechende Schlüssel dazu. Das Ziel des ÖAAB-Bildungskonzeptes ist daher die bestmögliche Ausbildung für jeden in einem differenzierten Schulsystem gewesen.

Es muss sich aber jeder Einzelne anstrengen. Um im globalen Wettkampf wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir die im Bildungskonzept verankerte sozial verantwortliche Leistungskultur. Wir wollen eine differenzierte Vielfalt und eine flexible Differenzierung im Bildungswesen. Wir wollen mehr Schulautonomie und Entscheidungsfreiheiten am Standort, mehr Wahlfreiheit der Eltern sowie vor allem der Schülerinnen und Schüler, ihre Schule selbst zu wählen und mit zu gestalten. Der ÖAAB hat deshalb begrüßt, dass auch in der Neuen Mittelschule Leistungsdifferenzierungen stattfinden. Eine Einheitsschule, in welcher Form auch immer, wurde im ÖAAB-Bildungskonzept entschieden abgelehnt. Stattdessen will das ÖAAB-Bildungskonzept Brücken bauen und Übergänge erleichtern – im Interesse und für die Zukunft unserer Kinder.

Dr. Martin Ledolter, LL.M.
war politischer Referent im ÖAAB-Generalsekretariat
und ist Referent im Kabinett des Vizekanzlers
BM Dr. Michael Spindelegger
(martin.ledolter@bmeia.gv.at)

#webtipp: www.bildungsrepublik.at

Veronika Wüster

Unsere Lehre macht Schule in Europa

Das ausländische Interesse an Österreichs Lehrausbildung ist groß. Doch hier stellt der Fachkräftemangel Unternehmen vor große Herausforderungen. Investitionen in Bildung müssen den Standort sichern.

Das Medieninteresse war groß, als sich Anfang März des Jahres hoher Besuch aus Brüssel in einer Wiener Lehrwerkstätte ankündigte: EU-Kommissionspräsident Barroso überzeugte sich bei seiner Österreich-Visite vom Praxisbezug der Lehrausbildung und gewann Einblicke in den Arbeitsalltag von Lehrlingen. Der Besuch des Präsidenten spiegelt das große Interesse der EU-Politik an Österreichs dualem Ausbildungssystem wider. Doch er ist nicht der einzige Gast in Österreichs Lehrbetrieben und Berufsschulen: Delegationen aus aller Welt – von Dänemark, Finnland und Spanien über Südafrika, Malaysia und Japan bis zur Mongolei und Saudi Arabien – pilgern derzeit nach Österreich. So unterschiedlich ihr Hintergrund und ihre Nationalität, so gemein ihr Interesse am österreichischen dualen Ausbildungssystem und der hohen Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen. Kurz: Österreich ist das „Finnland der Berufsausbildung".

In Ländern, wo es kein Lehrlingssystem gebe, sei die Jugendarbeitslosigkeit höher. Österreich könne als „Best Practice"-Modell für andere Länder gelten, erklärte Barroso bei seinem Besuch in der Lehrwerkstätte. Tatsächlich ist Österreich ein Musterbeispiel punkto Jugendbeschäftigung: Nach Deutschland hat Österreich die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa und liegt im April 2012 mit 8,9 Prozent deutlich unter dem EU-Schnitt von 22,4 Prozent. Das breite Angebot an beruflichen Bildungswegen ist nachweislich der Schlüsselfaktor für die geringe Jugendarbeitslosigkeit. Knapp 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler über 14 Jahren erhalten in Österreich eine berufliche Bildung. Die Hälfte davon entscheidet sich für eine duale Ausbildung.

Foto: M. Schuster

Lehre mit Karriere: Von Augenoptiker bis Zimmerer

Das umfassende Spektrum von derzeit 205 Lehrberufen – von Augenoptiker bis Zimmerer – bietet Jugendlichen vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten entlang ihrer Interessen und Fähigkeiten. Zwischen Werkbank und Schulbank – in der Berufsschule und im Betrieb – erwerben sie im Team mit Profis das für den Beruf notwendige Know-How. Die duale Berufsausbildung zeichnet sich durch ihren hohen Praxisbezug aus und ist international eine Besonderheit; nur Deutschland und die Schweiz haben ähnliche Systeme. Betrachtet man die Aufmerksamkeit auf EU-Ebene und das Interesse aus dem Ausland, mutet die Situation der Lehrausbildung in Österreich seltsam an: Sinkendes Prestige und Absolventenzahlen machen der dualen Ausbildung, und vor allem den Unternehmen, zu schaffen – gänzlich zu Unrecht, denn die Ausbildung ist top und die Absolventen gefragter denn je.

Die Karrierechancen und -wege mit einer Lehrausbildung sind in Österreich in alle Richtungen offen und vielfältig, wenn auch häufig anders dargestellt. Fast 40 Prozent von Führungspositionen in der überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten österreichischen Wirtschaft sind von Absolventinnen und Absolventen mit Lehrabschluss besetzt. Eine Lehre in einem Industriebetrieb ist ein sicherer Karriereschritt. Mehr als 80 Prozent der Beschäftigten sind auch fünf Jahre nach ihrer Lehrabschlussprüfung in ihrem Lehrbetrieb beschäftigt. Arbeitsplatzsicherheit wird bei der Industrie sehr groß geschrieben. Innovative Ausbildungskonzepte wie die Kremstaler Technische Lehrakademie, eine Kombination der Lehre als Produktionstechniker mit HTL-Ausbildung, und Lehre mit Matura, ermöglichen Jugendlichen, sich weiterzubilden, zu studieren und Karriere mit Lehre zu machen.

Schreckensgespenst Fachkräftemangel ist Realität

Gleichzeitig ist ein Wort in aller Munde: der Fachkräftemangel. Unternehmen können immer seltener qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden; der Produktionsstandort

Österreich steht vor Herausforderungen. Dass es sich hier um kein Schreckensgespenst, sondern bereits Realität handelt, verdeutlichen Umfragen und Zahlen.

Ein wesentlicher Grund für einen zukünftigen Fachkräftemangel ist die demographische Entwicklung: Bis 2015 sinkt die Zahl der 10- bis 14-Jährigen in Österreich um ca. 45.000 Personen. Aus demografischer Sicht ist also in naher Zukunft bereits mit einem deutlich spürbaren Sinken der Lehrstellennachfrage zu rechnen.
Der Fachkräftemangel wird zusätzlich durch einen undifferenzierten Trend in höhere Schulen verstärkt. Immer mehr Jugendliche ziehen allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen der Lehrausbildung vor. Während es 1980 – am Höhepunkt – 194.000 Lehrlinge gab, waren 2011 nur noch rund 128.000 Jugendliche in Lehrausbildung.

Bereits heute herrscht ein großer Bedarf an qualifizierten Jugendlichen. Umfragen der Industriellenvereinigung zeigen, dass 2011 86 Prozent der Unternehmen Probleme hatten, ihren Fachkräftebedarf im Bereich Produktion/Technik zu decken. 67 Prozent der befragten Unternehmen haben Rekrutierungsprobleme im Bereich Forschung/Entwicklung. Die Lücken zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot steigen vor allem in technischen Berufen. Deutschland ist in einer ähnlichen Situation: Denn aufgrund des demografischen Wandels wird das Erwerbspotenzial bis zum Jahr 2025 um rund 6,5 Millionen – und damit auch das Angebot an qualifizierten Fachkräften – sinken. Bis zum Jahr 2020 werden deutschen Prognosen zufolge rund 240.000 Ingenieure fehlen.

Diese Entwicklung stellt die Sicherung des qualifizierten Fachkräftenachwuchses und damit den Produktions- und Innovationsstandort Österreich vor große Herausforderungen. Denn die „Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften“ wird von 106 internationalen Leitbetrieben in Österreich, die mehr als 420.000 Jobs im Land schaffen, als der wichtigste Standortfaktor eingestuft.

Um die Attraktivität des Standortes zu verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken sind daher Investitionen in das Bildungssystem notwendig. Österreich liegt in zahlreichen internationalen Rankings nur noch im Mittelfeld: Im Global Competitiveness Report, der die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Attraktivität eines Landes untersucht, ist Österreichs Bildungssystem von Platz 14 (2008) auf Platz 24 (2011) abgerutscht. Der Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften in Schulen hat sich gar von Platz 25 auf Platz 38 verschlechtert.

Die Probleme im Bereich der Lehre beginnen häufig schon in der Schulbildung. Viele Bewerberinnen und Bewerber bringen nicht die nötigen Voraussetzungen für eine betriebliche Lehrausbildung mit. Defizite herrschen bei den Grundkompetenzen; häufig werden aber auch falsche Berufs- und Bildungsentscheidungen getroffen.

Die Industriellenvereinigung hat daher zentrale Handlungsfelder für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses, wie auch im Positionspapier „Fachkräfte 2020“ verdeutlicht, identifiziert: Wesentlich für eine weitere Aufwertung der Lehrlingsausbildung und zur Reduktion des Fachkräftemangels ist eine Verbesserung der Bildungs- und Berufsorientierung, die derzeit wenig treffsicher und nachhaltig ist. Das Bildungs- und Berufsangebot wird immer vielfältiger, dennoch entscheiden sich Jugendliche häufig weder interessens- noch neigungsorientiert. Noch immer wählt beinahe die Hälfte der Mädchen einen der „klassischen“ Lehrberufe im Einzelhandel, als Bürokauffrau und als Friseurin.

Gleichzeitig leidet der Innovationsstandort Österreich an einem eklatanten Mangel an Qualifizierten in MINT-Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) - von der Fachkraft bis hin zu akademisch Graduierten.

Vor diesem Hintergrund fordert die Industriellenvereinigung die Einführung bzw. Ausweitung eines verpflichtenden Unter-

richtsfaches Bildungs- und Berufsorientierung in der 7. und 8. Schulstufe in allen Schultypen und Unterricht in nicht-integrativer Form. Eine treffsicherere Berufsorientierung muss möglichst frühzeitig ansetzen.

Der Kontakt mit der Wirtschaft soll Jugendlichen einerseits im Rahmen berufspraktischer Tage, Werkserkundungen und Schnupperlehren ermöglicht werden, andererseits im Unterricht durch professionell ausgebildete Lehrer und Bildungscoaches erfolgen. Der Beruf des Bildungscoaches, der als externer Experte den Berufsorientierungsunterricht gestaltet und koordiniert und in einem eigenen Bildungsweg ausgebildet wird, muss eingeführt werden. Österreich soll sich hier an erfolgreichen Modellen, wie dem dänischen Counsellor, orientieren. Fundierte und professionelle Beratung und Orientierung wirkt auch dem Bildungsabbruch, dem Umgehen der Polytechnischen Schule und dem undifferenzierten Trend in das höhere Schulwesen entgegen.

Für die Industriellenvereinigung ist überdies die Konzeption eines praxis- und lebensnahen schulischen „MINT-Unterrichts NEU“ zentral, der die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler für diese Zukunftsfelder in seinen Mittelpunkt stellt. Ziel ist es, künftig mehr junge Menschen für entsprechende Ausbildungen und berufliche Tätigkeiten zu motivieren.

Darüber hinaus ist es wesentlich, die Durchlässigkeit zum tertiären Sektor durch eine Verbesserung der Attraktivität und Intensivierung der Nutzung bestehender Ausbildungsangebote und einen Ausbau innovativer Ausbildungsprogramme zu erhöhen.

Engagement der Unternehmen: Investition in Zukunft

Aber auch ein gesellschaftliches Umdenken ist gefragt: Die Akzeptanz und Anerkennung von praktischen und handwerklichen Tätigkeiten und Karrieren in der Gesellschaft ist im Vergleich zu wissenschaftlicher Allgemeinbildung gering. Zukunftsträchtige Qualifikationen werden immer stärker mit intellektuell-theoretischen Fähigkeiten gleichgesetzt.

Unverblümter formuliert es der ehemalige deutsche Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm: „Es kann doch nicht der Sinn von Bildung sein, dass jeder Einsteins Relativitäts-Theorie erklären, aber keiner mehr einen tropfenden Wasserhahn reparieren kann.“

Bei Kommissionspräsident Barroso hat der Lehrwerkstätten-Besuch sichtlich Eindruck hinterlassen: Der Aufbau dualer Ausbildungen in der EU soll gefördert, der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zur obersten Priorität werden. Woher die finanziellen Mittel dafür kommen, ist noch nicht präzisiert.

Zurück im Lehrbetrieb: Die Delegation aus der Mongolei übt sich an Testsystemen in der Ausbildungsstätte, die finnischen Gäste wollen aus der Erfahrung heimischer Unternehmen lernen. Beeindruckt zeigten sich alle über das Engagement der Unternehmen, in die Ausbildung der Jugendlichen zu investieren. Denn die betriebliche Ausbildung wird zum überwiegenden Teil von Unternehmen finanziert. Die Industrie bietet jungen qualifizierten Menschen eine Ausbildung auf Top-Niveau und eröffnet den dringend gesuchten „besten Händen und Köpfen“ künftig mehr denn je große berufliche und persönliche Chancen. Anspruchsvolle Berufe erfordern ein hohes Investment in eine qualifizierte Ausbildung, die wiederum hohe Anforderungen an die Jugendlichen stellt. Österreichs Industrie investiert jährlich eine Milliarde Euro in Bildung und Ausbildung. Innovative Ausbildungsaktivitäten – von Lehrlingsaustausch, Sprachkursen bis zu Persönlichkeitstrainings im Rahmen der dualen Ausbildung – zeugen vom Engagement der Industrie, Jugendliche in ihrer Ausbildung zu fordern und zu fördern. Der schwindende Zulauf zur Fachkräfteausbildung ist eine Entwicklung, die in keiner Weise dem hohen Stellenwert der Industrie in Österreich gerecht wird.

Mag. Veronika Wüster, M.A.I.S.
ist Mitarbeiterin in der Industriellenvereinigung im Bereich Bildung, Innovation und Forschung, zuständig für das Thema Fachkräfte
(v.wuester@iv-net.at)

#webtipp: www.iv-net.at

Foto: ÖKF

Alfred Trendl

Schulpartnerschaft – Mitarbeit der Eltern notwendig

Schulpartnerschaft ist eine große Chance. Sie braucht engagierte Menschen, die auf allen Ebenen ernst genommen werden wollen.

In der Schulpartnerschaft gibt es ein Dreiecksverhältnis: Eltern – Schülerinnen und Schüler – Lehrerinnen und Lehrer. In der Mitte dieses Spannungsfeldes steht die Schülerin bzw. der Schüler. Dem Recht und der Pflicht der Eltern, für das geistige, leibliche und seelische Wohl ihrer Kinder zu sorgen, steht die Schulpflicht als Teilbereich der Erziehung durch die Obrigkeit des Staates gegenüber. Erfolgreiche Erziehungsarbeit kann nur im Zusammenwirken von Eltern und Schule gelingen. Aus diesem Grund wurden beratende und beschließende Mitwirkungsrechte im Schulunterrichtsgesetz festgelegt. Dort, wo es dem einzelnen Elternteil oft schwer fallen mag, sein Anliegen der Schule mitzuteilen bzw. wo es um die Interessen mehrerer Schülerinnen und Schüler sowie Eltern geht und eine Koordination der unterschiedlichen Interessen erforderlich ist, sind Vertretungsformen vorgesehen: der Elternverein, dass Klassen- und Schulforum und der Schulgemeinschaftsausschuss.

Der Elternverein, die älteste Form der Mitbestimmung, ist der freiwillige privatrechtliche Zusammenschluss von Erziehungsberechtigten der Kinder einer Schule. Er unterstützt Eltern bzw. Elternvertreter sowie Schülerinnen und Schüler im Schulalltag; im Gegensatz zum Klassen- und Schulforum und dem Schulgemeinschaftsausschuss. Grundlage für diese Vertretungsformen ist das Schulunterrichtsgesetz. In Entscheidungsfällen kommt diesen Organen eine behördliche Funktion zu. Klassen- bzw. Schulforum heißt das Zusammenwirken von Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern in Volksschulen, Hauptschulen und den Neuen Mittelschulen. Hier wird beispielsweise über mehrtägige Schulveranstaltungen oder über schulautonome Tage entschieden. In den Berufschulen sowie den mittleren und höheren Schulen sind auch die Schülerinnen und Schüler miteingebunden; das Miteinander von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern heißt hier Schulgemeinschaftsausschuss (SGA). Der SGA ist damit auch ein Gremium, in dem die Jugendlichen demokratisches Verhalten und verantwortungsvolles Handeln lernen und üben können. Was am Schulstandort in vielen Fällen hervorragend klappt – das Miteinander der Schulpartner – ist auf Bundesebene nicht so selbstverständlich. Der Elternbeirat des Bildungsministeriums – hier sollen Vertreter des Ministeriums mit den Elternvertretern allgemeine Schulfragen beraten und diskutieren – verkommt teilweise zur Farce. Die Elternvertreter werden bei wichtigen Entscheidungen des Ministeriums oftmals weder angehört noch eingebunden. Dabei ist in der Regierungserklärung die Förderung der Schulpartnerschaft als Schwerpunkt im Bereich Bildung ausdrücklich angeführt. Es ist höchst an der Zeit, ein gemeinsames Beratungsgremium, in dem neben den Elternvertretern auch Schüler- und Lehrervertreter anwesend sind – einzurichten und entsprechend gesetzlich abzusichern. Gesetze allein schaffen noch keine Schulpartnerschaft. Schulpartnerschaft kann auch nicht verordnet werden. Sie braucht engagierte Menschen, die sich als Elternvertreter zur Verfügung stellen und die bei ihrem Engagement unterstützt werden. Der Katholische Familienverband als größte und überparteiliche Familienorganisation macht das mit der „Schulservice-Nummer", der „Schulanfangszeitung" und dem „Schulhandbuch". Unter der Telefonnummer 01 515 52 3634 werden alle schulspezifischen Fragen beantwortet. Die Schulanfangszeitung erscheint jedes Jahr im Herbst und informiert über die aktuellen Gesetzesänderungen und Verordnungen sowie Neuerungen und Termine des kommenden Schuljahres. Im Herbst kommt es zur Neuauflage des Schulhandbuchs. Dieses praktische Nachschlagewerk informiert die Schulpartner ausführlich über deren Aufgaben, Rechte und Pflichten, enthält detaillierte Informationen zum Schulalltag wie etwa zur Leistungsbeurteilung, zu den Klassenschülerzahlen oder zur Ferienordnung. Bestellungen an info@familie.at (Preis: 9 Euro + Porto).

Dr. Alfred Trendl
ist Präsident des Katholischen Familienverbandes
(trendl@familie.at)

#webtipp: www.familie.at

Foto: Francis Rafal

Jim Lefebre

Reformen mit Schulpartnern planen

Die Ausweitung der Kompetenzen der Schulpartner auf Schulebene fördert die standortspezifische Modernisierung. Auf Landes- und Bundesebene beginnt man bei Null. Hier braucht es institutionelle Sitzungen.

An einem Ort wie der Schule prallen die verschiedensten Interessen aufeinander, die es gilt unter einen Hut zu bringen. Wir sehen anhand des Schulgemeinschaftsausschusses in der Schule, dass sich Vertretungsarbeit bezahlt macht. Die institutionelle Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern funktioniert einwandfrei. Durch die regelmäßigen Sitzungen werden zum Wohl der Schule ständig Projekte, Exkursionen, neue Regelungen zur Hausordnung und Schulversuche ins Leben gerufen, die zur ständigen Modernisierung beitragen. Der kleine Kompetenzrahmen der dem Schulgemeinschaftsausschuss vom Ministerium gewährt wird, wird in den meisten Fällen schon sehr effizient genutzt, wodurch man schulautonom Schritte einleiten kann, die den Schulalltag verbessern. Aber warum bringt man den Schulpartnern, die in ihrer Rolle als Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter die Schule kennen und wissen, woran es mangelt, nicht mehr Vertrauen entgegen, und erhöht den Verantwortungsbereich, in dem sie sich bewegen können? Gerade dort, wo es von Schule zu Schule die verschiedensten Persönlichkeiten, Interessensgemeinschaften, Religionen, Herkunftsländer und Gewohnheiten gibt, kann man nicht ein zentrales Lösungspatent erstellen. Die einzige Lösung ist die Stärkung der Schulautonomie. Mit höheren finanziellen Mitteln, die projektbezogen ausgeschüttet werden, von einem Topf, welcher vom Ministerium zur Verfügung gestellt wird, kann der Schulgemeinschaftsausschuss Projekte, Maßnahmen oder Förderprogramme beschließen, die standortspezifisch umgesetzt werden.

Wir müssen, damit die Schule möglichst maßgeschneidert auf jedes Individuum abgestimmt ist, die schulpartnerschaftliche Arbeit fördern, und jeder Schule mehr Mitgestaltungsrecht aussprechen. Der erste Schritt in die richtige Richtung wäre zum Beispiel, die Kompetenz der Direktorenbestellung in die Schule zu verlagern. Derzeit wird im Kollegium des Landesschulrats beraten und entschieden, wer die Schule in den nächsten fünf Jahren leiten darf. Es ist kein Geheimnis, dass dabei die Interessen der Schule wenig Betrachtung finden sondern vielmehr die politische Herkunft eines Anwärters zählt. Neben dem Ausbau der Grundkompetenzen des Schulgemeinschaftsausschusses gibt es auch auf Landes- und Bundesebene ein riesiges Potenzial, welches man in der Schulpartnerschaft noch nutzen kann. Sitzungen zwischen dem Ministerium bzw. Landesschulrat und den Schulpartnern finden derzeit nur sehr unregelmäßig statt und ihre Ergebnisse sind nicht bindend. Man kann also von einem informellen Treffen sprechen, welches oft nur dazu dient, den Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern das Gefühl zu vermitteln, sie seien eingebunden. Es müsste im Selbstverständnis der verantwortlichen Politikerinnen und Politikern liegen, Reformen gemeinsam mit Lehrer-, Eltern- und Schülervertretern anzugehen, um zu vermeiden, dass durch Schnellschüsse auf die Interessen jener, die Schule hautnah erleben, vergessen wird. Mit einem Schulgemeinschaftsausschuss unter der Leitung des Landesschulratspräsidenten bzw. des Ministers auf Landes- bzw. auf Bundesebene ließe sich das verhindern. Man würde damit der Entpolitisierung des Schulsystems ein Stück näher kommen. Nicht gemeint ist damit, den Regierungsparteien die Ausführung ihrer Arbeit zu nehmen, sondern lediglich einen Weg zu ebnen, wo Schulpartner und Politik institutionell in den Dialog treten müssen, um die aktuelle Situation aber auch Reformen zu überprüfen und im Kompromiss oder Einvernehmen Maßnahmen einzuleiten.

Wir müssen die Einbindung der Stimmen von 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern, von 2,2 Millionen Müttern und Vätern und von 200.000 Lehrerinnen und Lehrern als Chance sehen und sie nutzen! Wir können dadurch die Bildungspolitik effizienter voranbringen!

Jim Lefebre
ist Bundesobmann der Österreichischen Schülerunion a.D.
(jim.lefebre@schuelerunion.at)

#webtipp: www.schuelerunion.at

Foto: Privat

Romana Deckenbacher

Schulpartnerschaft macht erfolgreich!

Erfolgreiche Erziehungsarbeit kann nur im Zusammenwirken von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern gelingen. Gelebte Schulpartnerschaft stellt ein effektives Mittel zur Synchronisation gegenseitiger Bedürfnisse dar!

Für Lehrerinnen und Lehrer hat sich das Aufgabenfeld in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Gründe dafür sind, hier nur fakultativ aufgezählt, mannigfaltig: Sich verändernde Familienstrukturen, die Vielfalt der Medienlandschaft, der nicht mehr wegzudenkende und stetig steigende Einfluss des Internets auf das Individuum - hier besonders soziale Netzwerke (i.e. Facebook, Twitter u.v.a.), nicht zu vergessen der spürbare Verlust von Akzeptanz und Tradierung des bisherigen Wertekanons in unserer Gesellschaft.

Viele Kolleginnen und Kollegen werden nicht nur als Lehrer gesehen sondern, gleichsam in Personalunion, auch als Ersatz für Vater und Mutter, als Psychologin und Psychologe, als Sozialarbeiterin und Sozialarbeiter oder Therapeutin und Therapeut – alles Aufgabenfelder, die weit über die gesetzlich geforderten Fähigkeiten einer Lehrerin bzw. eines Lehrers hinausgehen. Das alles führt bei immer mehr Kolleginnen und Kollegen zu einer schleichenden Überforderung bis hin zu einer gewissen Resignation, „alleine im Regen stehen gelassen zu werden!“ Nicht umsonst ist unsere Berufsgruppe in besonders hohem Ausmaß von Burnout Symptomen und damit in Zusammenhang stehenden Krankenständen betroffen. Das wiederum ist dem ohnehin bekannten Problem des steigenden Lehrermangels nicht gerade zuträglich.

Da es seitens unserer Dienstbehörde keine signifikante Ressourcenerweiterung in die dringend notwendigen Unterstützungssysteme gibt, kommt der Zusammenarbeit mit den Eltern und der Unterstützung durch die Eltern eine überragende Bedeutung zu. Eine gelebte Schulpartnerschaft, welche sich in einer fruchtbringenden Kooperation zwischen Lehrerinnen und Lehrern, den Erziehungsberechtigten und den Schülerinnen und Schülern widerspiegelt, ist für das gute Gelingen des ohnehin nicht immer einfachen Schulalltages unerlässlich. Besonders zu beachten ist jedoch, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler in der Regel in der Mitte eines „Spannungsfeldes“ zwischen Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sehen. Das Recht und die Pflicht der Eltern, für das geistige, leibliche und seelische Wohl ihrer Kinder zu sorgen, wird durch die gesetzliche Schulpflicht als Teilbereich unserer gesellschaftlichen Entwicklung noch verstärkt. Aus diesem Grund wurden beratende und beschließende Mitwirkungsrechte im Schulunterrichtsgesetz festgelegt. Diese beratenden und beschließenden Vertretungsformen sind: Der Elternverein, das Klassen- und Schulforum sowie der Schulgemeinschaftsausschuss.

Die beratenden Aufgaben der oben genannten Gremien umfassen unter anderem wichtige Fragen des Unterrichts, der Erziehung und der Wahl der Unterrichtsmittel. Eine wichtige Grundlage für eine gute Zusammenarbeit von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern ist eine proaktive, wertschätzende und dabei offene und lösungsorientierte Kommunikation. Sie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung von Schule am Standort selbst. Die Beratung zwischen den Schulpartnern über Fragen der Erziehung, den Leistungsstand, den am besten geeigneten Bildungsweg, den gemeinsamen Unterricht von Kindern ohne und mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie Fragen der Schulgesundheitspflege ist unerlässlich und kann – richtig gemacht – in vielen Fällen so manche Problemfelder vermeiden helfen bzw. beheben. Erfolgreiche Erziehungsarbeit kann daher nur im Zusammenwirken von Eltern und Schule gelingen. Wir alle haben dasselbe Ziel: Das Wohlergehen unserer Schülerinnen und Schüler sowie eine qualitativ wertvolle Bildung aller Kinder und Jugendlichen, die uns anvertraut sind!

Mag. Romana Deckenbacher
ist Mitglied der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer und Bundesfrauenreferentin der Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer
(romana.deckenbacher@fcg-wien-aps.at)

#webtipp: www.za-aps-wien.at

Alfred Freundlinger

Fachkräfteausbildung in Österreich

In der demografischen Entwicklung besteht die größte Herausforderung für Österreichs erfolgreiches Berufsbildungssystem, es droht ein gravierender Fachkräftemangel.

Eine wesentliche Stärke Österreichs ist die Berufsbildung. Dass Österreich im europäischen Vergleich besonders gute Werte bei den Beschäftigungsdaten allgemein, speziell aber bei der Jugendbeschäftigung aufweist, ist sehr stark auf das gut ausgebaute Berufsausbildungssystem zurückzuführen.

Mit 80 Prozent Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II in einer Berufsausbildung liegt Österreich weltweit an der Spitze. Neben den von österreichischen Unternehmen sehr geschätzten berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ist es vor allem die duale Berufsbildung, welche eine überwiegend reibungsfreie Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Lehrlinge haben den Vorteil, dass sie bereits während der Ausbildung im Arbeitsmarkt sind, und deshalb nach der Absolvierung ihrer Ausbildung bereits über Berufserfahrung verfügen.

In Europa schneiden Länder mit dualen Ausbildungssystemen, wie die Schweiz, Österreich, Deutschland, Dänemark oder die Niederlande gegenüber jenen Ländern, die eine solche nicht anbieten, viel besser ab. Im Durchschnitt der EU-27 beträgt die Jugendarbeitslosigkeit mehr als 20 Prozent, in den Ländern mit Dualer Berufsbildung jedoch nur rund 8 Prozent. Österreich liegt auf Basis der Jahresdaten von 2011 mit 8,3 Prozent Jugendarbeitslosigkeit an zweiter Stelle in der EU hinter den Niederlanden mit 7,6 Prozent.

Der Zusammenhang zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und der Lehrlingsquote fällt auch innerhalb Österreichs sehr deutlich aus. Die Bundesländer mit den niedrigsten Anteilen an Lehranfängern im Altersjahrgang der 15-jährigen haben deutlich überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeitsquoten. Die Bundesländer mit überdurchschnittlichen Lehrlingsquoten haben auch deutlich bessere Werte bei der Jugendarbeitslosigkeit.

Foto: Petra Spiola

Die größte Herausforderung in unmittelbarer Zukunft liegt in der demografischen Entwicklung. Im Jahr 2008 wurde mit knapp 100.000 bei den 15-jährigen ein Höchststand erreicht. Geburtenschwache Jahrgänge führen bis zum Jahr 2016 bei den 15-jährigen zu einem Rückgang auf 85.000. Ab dann bleiben die Zahlen mit leichten Schwankungen über das Jahr 2025 hinaus stabil. Seit 1995 beträgt die Zahl der Lehranfänger beispielsweise jeweils ca. 40 Prozent des Jahrgangs der 15-jährigen Wohnbevölkerung. Im Jahr 2008 lag die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr bei knapp über 40.000. Durch die Wirtschaftskrise ist der Anteil im Jahr 2009 auf 36 Prozent gefallen und steigt seither wieder in Richtung 40 Prozent. Sollte im Jahr 2016 der Anteil von 40 Prozent erreicht werden, beträgt die Zahl der Lehranfänger nur mehr knapp 33.000.

Die demografische Entwicklung führt also zunächst zu kleiner werdenden Anfängerzahlen im Berufsbildungssystem und nachfolgend auch zu abnehmenden Absolventenzahlen. Bei einem parallel laufenden Anstieg der Zahl der pensionsbedingten Austritte aus dem Beschäftigungssystem bedeutet dies, dass ab dem Jahr 2016 das in Österreich seit Jahrzehnten unbekannte Phänomen eintritt, dass die Zahl der im Beschäftigungssystem befindlichen Personen kontinuierlich stark abnimmt.

Der Rückgang der Zahl der Jugendlichen bedeutet unter anderem auch eine stärker werdende Konkurrenz der Bildungsträger untereinander um die Jugendlichen. Insbesondere kommt die duale Berufsbildung zwischen der demografischen Entwicklung und dem nach wie vor ungebrochenen Trend zu immer höherer Bildung unter Druck und läuft Gefahr, Anteile zu verlieren. Ähnliches gilt für die berufsbildenden mittleren Schulen. Für die duale Berufsbildung besteht allerdings das zusätzliche Handicap, dass sie ein Jahr später als alle anderen weiterführenden Angebote der Sekundarstufe II beginnt.

Das in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts eingeführte Provisorium der neunten Schulstufe hat unser Bildungssystem in eine Schieflage gebracht, deren Auswirkungen immer deutlicher zu spüren sind. Dass die Polytechnische Schule gerne umgangen wird, zeigt sich unter anderem daran, dass lediglich 36 Prozent aller Lehranfängerinnen und -anfänger aus der Polytechnischen Schule kommen. Bevorzugt werden mittlere und höhere berufsbildenden Schulen besucht, die dann entsprechend horrende Drop-Out-Raten aufweisen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen droht sich dieser Sand im Getriebe des Bildungssystems als fatal zu erweisen. Eine mutige Reform der neunten Schulstufe müsste dafür Sorge tragen, dass die Schülerströme nach einer fundierten Berufsinformation und Bildungsberatung gleich in möglichst richtige Bahnen gelenkt werden. Außerdem sollten alle weiterführenden Bildungsangebote nach der Schulpflicht gleichzeitig starten. Damit wäre nicht nur diese Benachteiligung der dualen Berufsbildung aufgehoben, sondern es würden auch die Möglichkeiten einer gegenseitigen Anrechnung ohne Laufbahnverlust stark erleichtert werden.

Sehr wichtig ist auch eine Sicherung der Ausbildungsfähigkeit nach der Sekundarstufe I. So können laut PISA 28 Prozent der österreichischen Schülerinnen und Schüler nach der Pflichtschule nur unzureichend sinnerfassend lesen. Dadurch sind sie nicht nur in ihrem privaten und gesellschaftlichen Leben erheblich beeinträchtigt, sondern auch der Eintritt in den Arbeitsmarkt wird für diese Schülerinnen und Schüler sehr schwierig. In Mathematik (23 Prozent) und Naturwissenschaften (21 Prozent) sind die Risikogruppen nur wenig kleiner. 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler fallen überhaupt in allen drei abgefragten Kompetenzbereichen in die Risikogruppe. Es müssen deshalb Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Gruppe der Risikoschülerinnen und -schüler von derzeit 34 Prozent auf ein Mindestmaß reduziert wird, Finnland liegt beispielsweise bei 12 Prozent. Grundsätzlich sollte die Schulpflicht sich nicht auf ein Absitzen von neun Schuljahren beschränken. Gewisse Basisstandards müssen auf jeden Fall erreicht werden.

Um die mittleren Ausbildungen zu stärken, gleich ob vollschulisch oder im dualen System absolviert, ist es auch erforderlich, die Verbindung mit der Reifeprüfung und mit tertiären Ausbildungen einfacher und durchlässiger zu gestalten. Eine mittlere Berufsbildung soll als Einstieg in eine tertiäre Bildung zukünftig kein Nachteil sein. Zum Beispiel sollte auch über Meister- und Befähigungsprüfungen in Verbindung mit Berufspraxis der Zugang zu tertiären Ausbildungen offen stehen.

Zusammengefasst werden in diesem Beitrag folgender Befund und folgende Empfehlungen gegeben: Das österreichische System der Berufsbildung trägt maßgeblich dazu bei, dass Österreich in Europa im Vergleich der Jugendarbeitslosigkeitsquoten hervorragend dasteht. Die größte Herausforderung an das Berufsbildungssystem liegt in der demografischen Entwicklung. Der Jahrgang der 15-jährigen Wohnbevölkerung wird im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2008 um 15 Prozent kleiner. Da parallel dazu die Zahl derer zunimmt, die pensionsbedingt aus dem Beschäftigungssystem ausscheiden, kommt es ab 2016 auch zu stark sinkenden Zahlen der Personen im Beschäftigungssystem. Vor diesem Hintergrund wird eine Reform der neunten Schulstufe angeregt, um die Schülerströme nach einer fundierten Berufsinformation und Bildungs-beratung in möglichst richtige Bahnen zu lenken. Das Absolvieren der Schulpflicht muss an die Erreichung gewisser Basisstandards geknüpft werden, um die Ausbildungsfähigkeit auf der Sekundarstufe II für möglichst alle Jugendlichen sicherzustellen. Zur Stärkung der mittleren Ausbildung wird zudem vorgeschlagen, die Verbindung mit der Reifeprüfung und mit tertiären Ausbildungen einfacher und durchlässiger zu gestalten.

Dr. Alfred Freundlinger
ist Referent in der Abteilung für Bildungspolitik
der Wirtschaftskammer Österreich
(alfred.freundlinger@wko.at)

#webtipp: www.wko.at

August Wöginger

Zukunft der Bildung

Wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der es gerecht und menschlich zugeht, braucht gebildete Menschen. Bildung ermöglicht es, ein eigenständiges Leben zu führen, und es persönlich zu gestalten.

Die Herkunft eines Kindes darf nicht über seine Zukunft als Erwachsener entscheiden! Unser Schulsystem muss durchlässig bleiben und sicherstellen, dass es keinen Abschluss ohne Anschluss gibt und man Versäumtes nachholen kann. Unsere Schülerinnen und Schüler gehören in hohem Maß gefordert und dort, wo es nötig ist, gefördert. Wir wollen eine Schule, die vermehrt die Stärken und Talente unserer Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Schule hat den Auftrag, die jungen Menschen zu höchster Leistung zu motivieren, ihnen die Grundlagen für ein erfolgreiches und glückliches Leben mitzugeben, und die in unserer Gesellschaft gültigen Werte zu vermitteln.

Die beste Bildung hat die gesamte Persönlichkeitsbildung im Blick. Dazu gehören: eine gute Wissensgrundlage, die Entwicklung sozialer Fähigkeiten und grundlegender Kompetenzenn, die Förderung der Kreativität , die Entwicklung des Bewusstseins für ein gesundes und bewusstes Leben und die Vermittlung grundlegender Werte. Damit dies gelingt, müssen Kinder und Jugendliche in den Schulen Lern- und Lebensräume vorfinden, die zum Lernen anregen und die Möglichkeit bieten, alle Potentiale der Schülerinnen und Schüler auszuschöpfen.

Die Veränderungen des 21. Jahrhunderts stellen gerade Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder vor neue Aufgaben. Mehr als 60 Prozent der Frauen sind erwerbstätig, Großeltern sind vermehrt selbst noch berufstätig und können die Betreuung der Kinder daher nicht übernehmen. Diesen Herausforderungen muss mit unterschiedlichen, flexiblen und auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern individuell abgestimmten Instrumenten entsprochen werden. Der Spannungsbogen zwischen Betreuungs- und Bildungseinrichtung muss gelingen, um beiden Ansprüchen gerecht zu werden – denen der Eltern und denen der Kinder. Im Mittelpunkt von Erziehung steht das Wohl des Kindes. Elterliche und schulische Erziehung muss dazu beitragen, dass sich junge Menschen zu Persönlichkeiten entwickeln, die ihr Leben als sinnvoll erleben, die beziehungsfähig sind und die mit den Anforderungen der Gesellschaft zurechtkommen. Wir müssen Erziehung zu einem kulturellen Kernanliegen der Gesellschaft machen. Dazu ist es notwendig, auch die Kooperationen von Schulen und außerschulischen Erziehungs- und Lernangeboten zu fördern. Das Recht auf und die Pflicht zur Erziehung liegt aber in erster Linie bei den Eltern. Die Erziehung in Bildungseinrichtungen ergänzt und vertieft die Erziehungsarbeit der Eltern. Das bedeutet aber auch, dass wir ausreichende pädagogische Angebote im Bereich der Elternbildung schaffen und Anreize geben müssen, damit Eltern oder Erziehungsberechtigte pädagogische Schulungsangebote auch annehmen.

Foto: privat

Grundsatzpositionen zu den Bildungsstufen

1. Kindergarten: Der Kindergarten ist die erste wichtige Bildungseinrichtung. Im Mittelpunkt steht – in Ergänzung zur Elternarbeit – das Einüben und Trainieren wichtiger Fertigkeiten sowie die Vermittlung von Sprach- und Sozialkompetenz, die für den erfolgreichen Eintritt in die Volksschule benötigt werden. Zu diesen wichtigen Fundamenten zählt insbesondere auch das Beherrschen der deutschen Sprache bei Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache. Das Vorhandensein dieser grundlegenden Basis für die spätere Schullaufbahn wird durch das verpflichtende Kindergartenjahr sichergestellt.

2. Volksschule: Die Volksschule braucht Zeit für die Konzentration auf die wesentlichen Kulturgüter: Lesen, Schreiben und Rechnen und für die Förderung von Kreativität, von Sensomotorik und von Sozialkompetenz. Voraussetzung dafür ist die ausreichende Kenntnis der Unterrichtssprache und die nötige soziale Reife.

3. Neue Mittelschule: Die flächendeckende Aufwertung der Haupt-

schule zur Neuen Mittelschule (NMS) ist ein wichtiger Schritt. NMS haben die Aufgabe, in einem vierjährigen Bildungsgang eine grundlegende Allgemeinbildung und nach Maßgabe der individuellen Lern- und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler auch eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln. Darüber hinaus sollen sie Schülerinnen und Schülern nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit für das Berufsleben und zum Übertritt in eine Schule der Sekundarstufe II befähigen.

4. Gymnasium (AHS-Langform): Gymnasien haben die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln. Dabei sind sie grundsätzlich auf einen achtjährigen Bildungsweg hin ausgerichtet. Die in die Breite und zugleich in die Tiefe gehende Allgemeinbildung führt die Schülerinnen und Schüler auf direktem Weg zur Universitätsreife. Neben der selbstverständlichen Sachkompetenz in einer Vielzahl von Gegenständen fördern Gymnasien Vernetzungskompetenz, Technologiekompetenz, Fremdsprachenkompetenz in mehreren Fremdsprachen, Teamkompetenz etc.

5. Sekundarstufe II:
Polytechnische Schule: Die Polytechnische Schule bereitet auf das weitere Leben – insbesondere das Berufsleben – vor, indem sie die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler noch weiter vertieft. Durch Berufsorientierung wird versucht, auf die Berufsentscheidung vorzubereiten und eine Berufsgrundbildung zu vermitteln. Dabei sind die Jugendlichen – je nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit – für den Übertritt in Lehre und Berufsschulen bestmöglich zu qualifizieren sowie für eine eventuelle Berufsreifeprüfung oder den Übertritt in weiterführende Schulen zu befähigen.

Berufsbildende Schulen: Die Berufsbildenden Schulen sind ein österreichisches Erfolgsmodell, das bestehen bleiben und in seiner Vielfalt noch erweitert werden soll. Auch die mittlerweile zum Erfolgsmodell avancierte Lehre mit Matura muss weiter gestärkt und aufgewertet werden.

Oberstufenrealgymnasium: Das Oberstufenrealgymnasium ist die allgemein bildende Oberstufe der Neuen Mittelschule. Alle Schülerinnen und Schüler, die am Ende der vierten Klasse (8. Schulstufe) das Bildungsziel des Realgymnasiums (der AHS-Unterstufe) erreichen, erhalten ein Abschlusszeugnis, das sie zum Besuch einer realgymnasialen (gymnasialen) Oberstufe sowie einer berufsbildenden mittleren und höheren Schule berechtigt. Die Oberstufenrealgymnasien stellen in ihrer Vielfalt das erfolgreiche Pendant zur BHS im Bereich der Allgemeinbildung dar.

6. Tertiäre Bildung (Kollegs, Akademien, Hochschulen, Universitäten etc.): Eine Wissensgesellschaft braucht den tertiären Sektor für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und zur Sicherung des Wohlstands. Allen talentierten jungen Erwachsenen muss der Weg zur tertiären Bildung offen stehen. Um eine Ausbildung auf höchstem Niveau für die jungen Erwachsenen gewährleisten zu können, braucht es notwendige Schritte zur Sicherung der Qualität der Lehre: Ein sozial verträgliches Studiengebührenmodell sowie transparente und gerechte Zugangsregelungen wären erste Meilensteine im Bereich der Akademiker-Bildung der Zukunft.

7. Pädagoginnen - und Pädagogenausbildung: Lehrerinnen und Lehrer sind durch ihre verantwortungsvolle Tätigkeit die wesentliche Säule im Schulsystem. So gehört die Bildung junger Menschen zu den verantwortungsvollsten Aufgaben, die eine Gesellschaft Personen übertragen kann. Diese Personen müssen daher optimal darauf vorbereitet werden. Erforderlich ist eine gleichwertige Ausbildung auf Master-Niveau, die auf die unterschiedlichen Aufgaben bestmöglich vorbereitet.

8. Erwachsenenbildung: Lebenslanges Lernen wird angesichts der raschen Veränderung von Gesellschaftsstruktur, Wirtschaft und Technik immer wichtiger. Die Erstausbildung ist zwar die notwendige Basis im Leben der erwerbstätigen Bevölkerung, jedoch sind permanente Re-Qualifizierung und lebenslanges Weiterlernen für die Beschäftigungsfähigkeit absolut erforderlich. Die Bereitschaft zum lebensbegleitenden Lernen muss noch weiter verstärkt werden. Dabei gilt es, alle möglichen Ansätze zu nützen: Von der bereits erfolgten Anpassung des Bildungskontos bis hin zu einer noch stärkeren Regionalisierung von Bildungsangeboten und speziellen Anreizen für bildungsferne Schichten. Um der demographischen Entwicklung der Gesellschaft zu entsprechen, sollte es auch vermehrt Angebote zur Weiterbildung speziell für ältere Menschen geben.

Abg.z.NR August Wöginger
ist Generalsekretär des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes ÖAAB in der ÖVP
(august.woeginger@oeaab.com)

#webtipp: www.oeaab.com

www.erstebank.at www.sparkasse.at

Find us on Facebook

„Unser Credo: In jeder Beziehung zählen die Menschen.“

ERSTE BANK SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

In Österreich betreuen wir mehr als 3 Millionen Kunden, die meisten davon schon seit vielen Jahren. Unsere Kundenbetreuer beleuchten jede Geldfrage aus unterschiedlichen Blickwinkeln – offen, transparent und mit Verantwortung. Nur so können wir für jeden einzelnen Kunden die richtige finanzielle Balance finden. Ein hartes Stück Arbeit, aber das ist unser Job.